

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	entschuldigt
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	nicht teilgenommen
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0320
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
(Wiedervorlage)
 - 3.2 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee
(BER II) ändern!
Vorlage: 16/SVV/0533
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI
(Wiedervorlage/ 1. Lesung)
 - 3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017
(Auswahl der Themen entsprechend der Ausschusszuständigkeit)
(Wiedervorlage/ 2. Lesung)

- 3.3.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen
Vorlage: 16/SVV/0680
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)
- 3.3.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen
Vorlage: 16/SVV/0685
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)
- 3.3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung
Vorlage: 16/SVV/0687
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)
- 3.3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee
Vorlage: 16/SVV/0688
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)
- 3.4 Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0665
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE zum Stand Umsetzung Handlungskonzept Papierkörbe/ Dog Stationen (16/SVV/0036), Solar-Mülleimer in Potsdam (16/SVV/0370), Sauberkeit in Potsdam (16/SVV/0369), Hundekotbeutelstationen am Schlaatz (16/SVV/0307), Aufstellung von neuen Abfallkörben (16/SVV/0701)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.2 Vorstellung der Arbeit des Naturschutzbeirates
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.11.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.11.2016 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 4:0:2 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt der Vorsitzende folgendes an:

Den Tagesordnungspunkt (TOP) 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam bittet der Antragsteller, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, wegen laufender umfangreicher Recherchen, in Abstimmung mit der Verwaltung, bis März 2017 zurückzustellen.

Der TOP 3.2 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) wird aufgrund der Federführung des KOUL-Ausschusses heute in 1. Lesung behandelt.

Den TOP 3.4 bittet der Antragsteller, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Hierzu gibt es am morgigen Freitag ein Fachgespräch, dessen Erkenntnisse in die Behandlung im KOUL-Ausschuss einfließen sollen.

Die so geänderte Tagesordnung stellt der Ausschussvorsitzende zur Abstimmung; sie wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0320

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Tagesordnungspunkt wird bis März 2017 zurückgestellt (sh. Abstimmungen zur Tagesordnung).

zu 3.2 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!

Vorlage: 16/SVV/0533

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI

(Wiedervorlage/ 1. Lesung)

Herr Walter bringt die neue Fassung des Antrages ein und erläutert sie.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob der Katastrophenschutzplan Potsdams dahingehend geändert werden sollte, dass für den Fall eines GAU am Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Wannsee der Radius des Evakuierungsgebiets auf 8 km statt der bisher festgelegten 2,5 km erweitert wird;
2. zu gewährleisten, dass im Katastrophenschutzplan der LH Potsdam konkret festgelegt ist, welche Einsatzkräfte für die vorzunehmenden Maßnahmen zuständig und welche Aufgaben ihnen zugewiesen sind, insbesondere in Hinblick auf die Evakuierung der Bevölkerung im festgelegten Umkreis des BER II und deren Unterbringung, die Einrichtung von Dekontaminierungsstellen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, gegebenenfalls notwendige Löscharbeiten am und um den BER II sowie die Ausgabe von Jodtabletten im 4-km Umkreis - dabei sind die Erkenntnisse aus der Bund-Länder-Kommunikationsübung vom 17. September 2013 zu berücksichtigen;
3. den jeweils aktuellen Katastrophenschutzplan der LH Potsdam (mindestens) auf den Internetseiten der Landeshauptstadt zu veröffentlichen;
4. in einem juristischen Gutachten prüfen zu lassen, wie die LH Potsdam künftig an Entscheidungen über Betriebsgenehmigungen für Forschungsreaktoren und Zwischenlagern für radioaktive Abfälle bzw. für den Rückbau des BER II mitwirken und so die Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamer vertreten kann.“

Er bittet um die Meinung der Verwaltung zu dem neugefassten Antrag.

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) geht auf die einzelnen Punkte des Antrages ein.

Die im Punkt 1 angesprochene mögliche Erweiterung des Evakuierungsradius hält er als Aufgabe für die Verwaltung für nicht sinnvoll. Stattdessen sollte diese Frage nochmals in entsprechende Fachgremien gegeben werden.

Zu der Forderung aus dem Punkt 2 führt er aus, dass die bestehende Katastrophenschutzleitung mit Eintreten des Ernstfalls beurteile, welche Ressourcen in diesem Moment zur Verfügung stünden. Zu kleinteilig sollte und könne hier nichts festgeschrieben werden.

Der Punkt 3 sei bereits erledigt. Der Katastrophenschutzplan sei im Internet zu

finden.

Zum Punkt 4 weist er auf die noch verbleibende Laufzeit des Forschungsreaktors und den damit verbundenen engen Zeitplan hin. Ob ein entsprechendes Gutachten in diesem Zeitrahmen erstellbar sei, sei fraglich. Die Fertigung könne aber geprüft werden.

Herr Linke weist zum Punkt 1 darauf hin, dass es sich hier lediglich erst einmal nur um eine Prüfung handelt. Zum Punkt 2 erläutert er, dass die Dinge für einen Katastrophenfall geordnet werden sollten. Bereits in der Planung müsse sichergestellt werden, welche Kräfte wann zur Verfügung stehen. Wer übernimmt wann und in welchem zeitlichen Rahmen welche Aufgabe. Den Punkt 3 sieht er ebenfalls als erledigt an. Zum Punkt 4 verdeutlicht er, dass es sich hierbei um zwei verschiedene Prüfgegenstände handelt: den Reaktor auf der einen und das Zwischenlager auf der anderen Seite. Letzteres werde die Bevölkerung weit über die Abschaltung des Reaktors hinaus beschäftigen. Ein Gutachten, wie in dem Antrag gefordert, sei daher unabhängig von der verbleibenden Reaktorlaufzeit zu betrachten und unbedingt erforderlich.

Herr Walter weist auf radioaktives Material hin, das nach einem Rückbau des Forschungsreaktors zurückbliebe und fachgerecht entsorgt bzw. gelagert werden muss. Allein deswegen sei die Forderung aus dem Punkt extrem wichtig.

Herr Jäkel gibt an, die Forderung aus Punkt 1 müsse fachlich geprüft werden. Zum Punkt 2 stellt er heraus, dass ausreichende Ressourcen für einen Katastrophenfall bereitgehalten werden sollten. Zum Punkt 4 erkundigt er sich nach den Kosten eines solchen Gutachtens, wer diese trägt und welcher Nutzen aus einem entsprechenden Gutachten gezogen werden könne.

Herr Hülsebeck weist zum Punkt 2 korrigierend darauf hin, dass die hier in Rede stehende Forderung nicht Gegenstand des Katastrophenschutzplanes sei und erläutert seine Aussage. Zur Höhe der Kosten und der Finanzierung könne er nichts sagen, dies sei dann Gegenstand der Prüfung eines solchen Gutachtens. Zur Frage des Nutzens eines derartigen Gutachtens gibt er an, hierdurch gegebenenfalls Klarheit zu generieren. Das würde sich aber letztlich erst durch das Gutachten selbst zeigen.

Herr Piest erkundigt sich, ob es geplant sei bezüglich der Forderung aus dem Punkt 4 mit dem (Berliner) Senat in Kontakt zu treten.

Herr Hülsebeck gibt an, zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt hierzu noch keine näheren Erkenntnisse zu haben.

Der Ausschussvorsitzende schließt die 1. Lesung.

Der Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zur 2. Lesung aufgerufen.

**zu 3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017
(Auswahl der Themen entsprechend der Ausschusszuständigkeit)**
(Wiedervorlage/ 2. Lesung)

Der Ausschussvorsitzende ruft noch einmal die 1. Lesung des Tagesordnungspunktes aus der letzten Sitzung in Erinnerung und gibt an, die Vorschläge heute zur Abstimmung bringen zu wollen.

zu 3.3.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen
Vorlage: 16/SVV/0680

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
(Wiedervorlage)

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) erinnert an den Änderungsvorschlag der Verwaltung aus der letzten Sitzung, der zur Präzisierung des Antrages eingebracht worden ist. Der Antrag sollte lauten:

„Die Festsetzung der Gebühren in Bescheiden für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und im Rahmen der geltenden Gebührenordnungen (GebOMUGV, GebOMASF) zu erhöhen.“

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag Nummer 5 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die **Festsetzung der Gebühren in Bescheiden** für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und **im Rahmen der geltenden Gebührenordnungen (GebOMUGV, GebOMASF)** zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.3.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen

Vorlage: 16/SVV/0685

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)

Herr Jäkel weist auf die steigenden Einwohnerzahlen hin, aufgrund derer diverse strukturelle Bedürfnisse angepasst werden müssten. Beispielsweise das alte und seit Errichtung kaum veränderte Straßennetz müsse bei der hiesigen Entwicklung mit beachtet werden. Er weist darauf hin, dass der Bund eine entsprechende Finanzierung übernehmen würde, die Stadt müsse das nur anmelden. Er spricht sich für den Vorschlag aus.

Herr Linke ist gegen den Vorschlag. Es ginge auch ohne Umgehungsstraße.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag Nummer 9 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr ist eine Umgehungsstraße zu berücksichtigen, die zu einer wesentlichen Reduzierung des Durchgangsverkehrs beiträgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.3.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung

Vorlage: 16/SVV/0687

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)

Herr Linke sieht die Forderung aus dem Antrag bereits in der Umsetzung bzw. als durch Verwaltungshandeln erledigt an.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Antrag als bereits in Umsetzung befindlich abzustimmen.

Die Mitglieder signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag Nummer 11 als sich bereits in Umsetzung befindlich zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Antrag,

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anzahl krähensicherer Abfallbehälter, größerer Mülleimer sowie Hundetoilette mit Tüten ist insbesondere in Babelsberg, der Potsdamer Innenstadt und an den Radwegen entlang der Havel zu erhöhen. Darüber hinaus ist mehr Personal für die häufigere Leerung einzusetzen.“

befindet sich bereits in der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Vorlage: 16/SVV/0688

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Wiedervorlage)

Herr Linke verweist auf seine Aussagen aus der letzten Sitzung. Er betont nochmals, dass er den Katastrophenschutzplan für unzureichend hält. Eine Nachbearbeitung sei unbedingt erforderlich. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die hiesige Forderung in dem Punkt 4 des Antrages zum Katastrophenschutzplan DS 16/SVV/0533 aufgenommen sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag Nummer 12 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden.

Darüber hinaus ist das Ziel zu verfolgen, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.4 Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam**Vorlage: 16/SVV/0665**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Ausschusssitzung zurückgestellt (sh. Abstimmungen zur Tagesordnung).

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**zu 4.1 BE zum Stand Umsetzung Handlungskonzept Papierkörbe/ Dog Stationen (16/SVV/0036), Solar-Mülleimer in Potsdam (16/SVV/0370), Sauberkeit in Potsdam (16/SVV/0369), Hundekotbeutelstationen am Schlaatz (16/SVV/0307), Aufstellung von neuen Abfallkörben (16/SVV/0701)**

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Bereich Verwaltung/ Finanzmanagement) geht auf die neun Punkte aus dem an die Mitglieder ausgegebenen Papier ein. Die von der Stadt aufgestellten sogenannten „Presshaie“ durchliefen aktuell eine einjährige Testphase, um deren Funktionalität zu erproben.

Herr Linke bittet darum, dem Einbringer des Vorschlages Nummer 11, Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung, zum Bürgerhaushalt mit dem Tag, an dem sein Vorschlag in der Stadtverordnetenversammlung beschieden wird eine entsprechende schriftliche Benachrichtigung zukommen zu lassen.

Herr Henning erkundigt sich unter anderem nach durchgerosteten Unterflurbehältern, von denen er in der Presse gelesen habe und ob dagegen etwas unternommen werden könne. Zum anderen möchte er wissen, ob in den erwähnten Presshaien der Müll vor der Pressung getrennt würde. Zu bestimmten

Abfallbehältern weist er auf Schäden hin und fragt die Verwaltung, ob dies bekannt sei.

Herr Schenke weist darauf hin, dass es sich bei den angesprochenen Unterflurbehältern um Glassammelbehälter handelt, die mit den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Abfallbehältern nichts zu tun hätten.

Der Müll in den Presshaien würde nicht getrennt. Die angesprochenen Vandalismus- bzw. altersbedingte Schäden habe die Verwaltung im Blick. Eine entsprechende Beseitigung sei beabsichtigt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis. Über die Entwicklung wird der Ausschuss im September 2017 informiert.

zu 4.2 Vorstellung der Arbeit des Naturschutzbeirates

Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Herr Kuhlow (Bereich Umwelt und Natur) leitet den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Naturschutzbeirates, Herrn Dr. Knösche.

Herr Dr. Knösche stellt anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anliegt, den Naturschutzbeirat und dessen Aufgaben und Arbeitsweisen vor.

Herr Lack bedankt sich ausdrücklich und schlägt eine jährliche Berichtserstattung im KOUL-Ausschuss vor.

Herr Walter hat eine Nachfrage zu den Schilfgürteln. Hier besteht das drängende Problem, dass sich immer wieder Boote unerlaubterweise im Schilf befinden. Er erkundigt sich, ob man dem nicht mit hohen Geldstrafen – wie Berlin – begegnen könnte.

Herr Dr. Knösche hält das für denkbar, bemerkt allerdings kritisch, dass das auch jemand umsetzen müsse. Der Naturschutzbeirat selbst habe hier keine Handlungsbefugnis.

Herr Dr. Knösche weist auf ein künftiges Problem, nämlich der Zunahme von Unterwasserpflanzen hin, mit dem man sich ebenfalls beschäftigen müsse.

Herr Jäkel erkundigt sich, wo das in dem Vortrag von Herrn Dr. Knösche benannte Uferkonzept zu finden sei. Außerdem macht er zum Thema Stadtgrün auf die Problematik hinsichtlich des Umgangs mit Sträuchern aufmerksam. Diesem Pflanzenspektrum solle mehr Bewusstheit entgegengebracht werden. Hier gebe es Nachholbedarf, besonders bei der Aufklärung der Bevölkerung

bezüglich der richtigen Pflege sowie bei der Entfernung von Strauchbeständen. Laub unter Sträuchern sollte nicht vehement entfernt werden, es ist durchaus sinnvoll. Hier solle der Naturschutzbeirat mehr Aufklärungsarbeit leisten.

Herr Kuhlow gibt an, dass die Veränderung bzw. Entfernung von Sträuchern ähnlich wie bei Baumfällungen geprüft würden.
Das Uferkonzept ist derzeit noch nicht einsehbar, da es sich in Überarbeitung befindet. Voraussichtlich Ende 2017 werde es fertiggestellt und den Stadtverordneten vorgelegt.

Herr Dr. Knösche weist noch darauf hin, dass in der Stadt zu schnell „aufgeräumt“ werde. Nistmaterialien beispielsweise für bestimmte Schwalben würden dadurch knapp.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verständigt sich auf eine jährliche Berichterstattung durch den Naturschutzbeirat.

zu 5 Sonstiges

Hinweis auf erneute Auslegung der Baumschutzverordnung

Herr Beck informiert, dass für die neu erstellte Fassung der Potsdamer Baumschutzverordnung heute die öffentliche Auslegung beginnt. Der Entwurf ist bis einschließlich 17. Januar 2017 während der Dienstzeiten bei der Unteren Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Campus der Stadtverwaltung Potsdam (Haus 20, Friedrich-Ebert-Straße 79 / 81) einsehbar.

Bedenken und Anregungen können während der vierwöchigen Auslegungsfrist nach § 9 Absatz 2 Satz 2 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes mit Vornamen, Namen und Anschrift per Post an die Landeshauptstadt Potsdam (Bereich Umwelt und Natur, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam) oder per E-Mail an umwelt-natur@rathaus.potsdam.de eingereicht werden.

Die wichtigsten Informationen zur geplanten Neufassung sind auf der Internetseite der Landeshauptstadt Potsdam unter www.potsdam.de/Baumschutz zusammengestellt.

Baumfällungen in der Maulbeerallee

Herr Jäkel erkundigt sich nach zwei kürzlich in der Maulbeerallee gefälltten Buchen.

Im Nachgang zur Sitzung gibt die Verwaltung zu Protokoll: Zuständig für die

Fällung ist die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), die Tätigkeiten dieser Art im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der SPSG und der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) selbständig durchführt. Nach telefonischer Rücksprache mit der SPSG waren die beiden Buchen durch wesentlichen Substanzverlust gekennzeichnet. Deutlich und sichtbar wurde dies durch zunehmend größer werdende Pilzfruchtkörper am Stammfuß seit 2-3 Jahren, die den nachhaltigen Schutz und Erhalt der beiden Bäume nicht mehr gewährleisten und zunehmend Konflikte mit der Verkehrssicherung hervorrufen.